

Bierstädter Zeitung

Amts-Blatt.

Zugleich

Anzeiger für das blaue Ländchen.

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breitenheim, Delfenheim,

Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Igstadt, Kloppenau, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rumbach, Sonnenberg, Wallau, Wildschaffen.)

Fernruf 2027.

Redaktion und Geschäftsstelle Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße

Fernruf 2027.

Redaktion, Druck und Verlag Heinrich Schuler in Bierstadt

Der Anzeigenpreis beträgt: für die Kleinspalte, Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in der Verzeichnungs-Liste unter Nr. 1110a

Nr. 17.

Mittwoch, den 21. Januar 1914.

14. Jahrgang.

Bekanntmachungen.

betreffend die Veranlagung des Wehrbeitrags.

Die materiell rechtlichen Vorschriften des Wehrbeitragsgesetzes lehnen sich eng an die entsprechenden Bestimmungen des preussischen Ergänzungsteuergesetzes an.

Es wird jedoch auf folgende, zwischen den beiden Gesetzen bestehende Verschiedenheiten aufmerksam gemacht:

1. Nach § 7 des Ergänzungsteuergesetzes umfasst das steuerbare Kapitalvermögen bares Geld deutscher Währung, leihbare Geldsorten, Banknoten und Kassenscheine, mit Ausnahme der aus den laufenden Jahreserträgen vorhandenen Bestände. Im § 5 Nr. 4 des Wehrbeitragsgesetzes sind von der Besteuerung ausgenommen: „die aus den laufenden Jahreserträgen vorhandenen Bestände und Banknoten der sonstigen Guthaben, soweit sie zur Bestreitung der laufenden Ausgaben für drei Monate dienen.“

2. Nach § 5 Nr. 5 des Wehrbeitragsgesetzes ist der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Leistungen, welche dem Berechtigten auf seine Lebenszeit, auf die Lebenszeit eines anderen, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens zehn Jahren zufließen, dem Empfänger auch dann anzurechnen und bei dem Steuer in Abzug zu bringen, wenn die Leistungen auf Grund einer Schenkung erfolgen. Der Kapitalwert einer auf einem Schenkungsversprechen beruhenden Rente ist also für den Wehrbeitrag dem Beschenkten anzurechnen, während bei dem Schenker nach § 9 des Gesetzes entsprechender Abzug stattfindet.

3. Nach § 6 c des Wehrbeitragsgesetzes gehören nicht zum beitragspflichtigen Vermögen Ansprüche auf Rente und ähnliche Bezüge, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden. Die Fassung ist etwas weiter als diejenige des § 7, Schlussatzes, des Ergänzungsteuergesetzes.

4. Im Unterschiede zum Ergänzungsteuergesetz erstreckt sich die Beitragspflicht nach dem Wehrbeitragsgesetz nicht nur auf physische Personen, sondern auch auf Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, und zwar mit den in § 11 des Wehrbeitragsgesetzes näher bezeichneten Vermögensanteilen.

5. Die Bestimmung im § 5 No. 5 des Ergänzungsteuergesetzes, nach der dem Haushaltungsvorstande dasjenige Vermögen des Haushaltungsangehörigen zuzurechnen ist, an welchem ihm die Nutzung zusteht, findet sich in dem Wehrbeitragsgesetz nicht.

Inbesondere sind also Vermögen, die minderjährigen Kindern gehören, nicht bei dem Vater oder der Mutter, denen die Nutzung zusteht, sondern bei den Kindern beitragspflichtig.

6. Während nach § 9 der Ergänzungsteuergesetzes für die Feststellung des Vermögensbestandes und Wertes die Zeit der Veranlagung die der Zeitraum vom Beginn der Frist für die Abgabe der freiwilligen Vermögensanzeigen bis zum 1. April maßgebend ist, ist nach § 15 des Wehrbeitragsgesetzes der Stand vom 31. Dezember 1913 für die Beitragspflicht und die Ermittlung des Vermögenswertes bestimmend.

7. Die Vorschriften des Wehrbeitragsgesetzes über die Bewertung desjenigen Grundbesitzes, der dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt ist, stimmen im wesentlichen mit den Bestimmungen des § 11 des Ergänzungsteuergesetzes überein.

Sie erstrecken sich aber auch auf alle gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke. Böslich abweichend dagegen sind die Bestimmungen des § 17. des Wehrbeitragsgesetzes über die Bewertung bebauter Grundstücke, die Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen.

In allen Fällen kann der Beitragspflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Das Wahlrecht kann bis zum Ablauf der Frist für die Einlegung des ersten Rechtsmittels ausgeübt werden.

8. Abweichend vom Ergänzungsteuergesetz findet sich im § 18 des Wehrbeitragsgesetzes die Bestimmung, daß bei Wertpapieren die in Deutschland einen Börsenkurs haben und die mit Dividendscheine behandelt werden, ein Betrag in Abzug gebracht werden darf, der für die seit Auszahlung des letzten Gewinns abgelaufene Zeit dem letztmalig verteilten Gewinn entspricht.

9. Ein weiteres Wahlrecht besteht für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden. Nach § 15 Absatz 2 des Wehrbeitragsgesetzes kann der Beitragspflichtige verlangen, daß das in einem solchen Betrieb angelegte Vermögen nach dem Bestand und Werte am Schlusse des letzten Wirtschaftsjahres oder Rechnungsjahres festgestellt wird. Als letztes Wirtschaftsjahr oder Rechnungsjahr (: Betriebsjahr) gilt dasjenige, dessen Ergebnis bei Abgabe der Vermögenserklärung feststand. Will der Beitragspflichtige seiner Vermögenserklärung den noch nicht festgestellten Abschluß vom 31. Dezember 1913 zugrunde legen, so ist ihm auf recht-

zeitigen Antrag eine angemessene, keinesfalls über den 15. April 1914 hinausgehende Frist zu gewähren.

Bierstadt, den 20. Dezember 1913.

Der Finanzminister.
H. J. Penke.

Holzversteigerung.

Samstag, den 24. Januar cr. Vormittags 10 Uhr anfangend werden im Bierstädter Gemeindevald, Distrikt Rüssel Nr. 13

3680 buchen Wellen,
ca. 280 Raum. Schreiholz und
ca. 88 „ Knüppelholz

öffentlich versteigert.

Der Anfang wird bei Holzstoß Nr. 451 gemacht.

Bierstadt, den 19. Januar 1914.

Der Bürgermeister Hofmann.

Holzversteigerung.

Montag, den 26. Januar ds. Jrs. Vormittags 10 Uhr anfangend werden im Nauroder Gemeindevald, Distrikt Schlucht und Köpchen an Ort und Stelle versteigert

301 Rm. eichen Scheit,
94 „ „ Knüppel,
1865 Stück „ Wellen,
181 Rm. buchen Scheit,
27 „ „ Knüppel,
2310 Stück „ Wellen.

Zusammenkunft Distrikt Köpchen bei Holzstoß Nr. 546.
Naurod, den 20. Januar 1914.

Hachenberger, Bürgermeister.

Zur Arbeiterbewegung.

O An die Verbindungen der christlich-nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten Deutschlands erläßt der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses einen Aufruf, in dem es heißt:

In stolzer Freude schauen wir auf die Kongress-tage in Berlin zurück. Der dritte Deutsche Arbeiterkongress hat allen Erwartungen voll entsprochen, die wir auf ihn gesetzt haben. „Eine der eindrucksvollsten und gehaltreichsten Arbeitertagungen der letzten Jahre“, „eine eindringliche und herzerquickende Kundgebung“, so spricht die Presse von unserem Kongress. Und wir sagen: er war die bedeutsamste Tagung, welche die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung Deutschlands je veranstaltet hat.

„Wir haben den sozialpolitischen Ernst der Stunde

Der häßliche Doktor Liebling.

Humoristischer Roman von Harry Nitsch.

(Nachdruck verboten.)

„Gegen diese Logik ist nichts einzuwenden“, lächelte Werner. „Ich will einige Wochen hier bleiben und möchte mir eine behagliche Wohnung mieten. Möbliert natürlich. Nun fand ich aber nirgends einen Ankündigungszettel, wie ich das von Berlin aus gewohnt bin.“

„Wir brauchen doch den Berlinern nicht alles nachzumachen“, erklärte Madame etwas von oben herab. „Es ist nicht alles Gold, was in Berlin glänzt, womit ich Sie allerdings nicht beleidigen will, mein Herr. Aber ich war selbst in Berlin und weiß es aus Erfahrung. Wir kann ein Berliner nichts vormachen. Womit ich Sie allerdings wieder nicht beleidigen will. Im Gegenteil, aber wenn Sie bei uns eine Wohnung suchen, dürfen Sie es nicht nach Berliner Manier machen, dann finden Sie keine. Bei uns gibt es keine Zettel.“

„Das habe ich bereits bemerkt, liebe Frau“, erklärte Werner lächelnd. Die streitlustige Dame amüsierte ihn.

„Nun, sehen Sie“, fuhr Madame fort, die im bürgerlichen Leben den wohlklingenden Namen Seidenhase führte. „Wer bei uns eine Wohnung suchen will, oder einen möblierten Herrn sucht, der geht in die Zeitung. Franz“, rief sie plötzlich in das Neben-zimmer, wohin der Piffolo entwichen war, „bringe mal das heutige Tageblatt her. Dort werden wir gleich haben, was Sie wünschen.“

Franz kam eilenden Schrittes herbei und brachte das Tageblatt, die bedeutendste Zeitung Rhodas. Werner wollte das Blatt in Empfang nehmen, doch die rundliche Frau griff sofort danach und breitete es vor ihrem Gast aus. Dann beugte sie sich vertraulich neben ihm über den Tisch, fuhr mit den Fingern über die Spalten der Zeitung und sagte mit geschäftiger Wichtigkeit: „Frau Schimmel hat ein Zimmer zu vermieten. Doch das ist nichts für Sie. Die ist nicht sauber genug.“

„Ein Zimmer genügt mir auch nicht“, wandte

Werner bescheiden ein. „Ich brauche ein Wohnzimmer und ein geräumiges Schlafzimmer.“

Frau Seidenhase sah ihren Gast respektvoll an, wuschte sich hastig die Finger an ihrer Schürze ab und suchte hastig weiter: „Ein Wohn- und ein Schlafzimmer? Das wird nicht leicht sein. Die paar, die wir haben, sind im Augenblick alle in festen Händen. Aber warten Sie mal, da fällt mir etwas ein. In der Pension Eibenforst werden Sie das Gewünschte finden. Frau Eibenforst ist eine sehr nette Dame und bewohnt eine freundliche Villa in der Gartenstraße. Sie ist die Witwe des Regierungsrats Eibenforst, der vor zwei Jahren auf so seltsame Weise ums Leben kam. Wissen Sie noch? Er wollte zu seinem Stammtisch gehen. Auf dem Marktplatz sagte er plötzlich nach dem Herzen, schrie: „Ich habe keine Lust“, fiel um und war tot. Ich sage Ihnen, das war eine Aufregung in der Stadt. Ungeheuer. Ach so, Sie können das ja nicht wissen, weil Sie fremd sind. Das hatte ich ganz vergessen. Vermögen war nicht viel da, die Pension langte nicht recht zu, und darum hat Frau Eibenforst eine Pension aufgemacht. Mein Mann machte damals den geistreichen Witz: „Wenn die Pension nicht zulange, muß man eben selbst eine Pension machen!“ Ist das nicht geistvoll? Mein Mann macht viele solche Witze; er hat sie auch schon mal an die „Allegenden“ gesandt, aber die haben sie ihm wieder zurückgeschickt, weil sie davon nichts verstehen. Sie haben den Geist nicht herausfinden können. Wenn Sie hier bleiben, dann werden Sie meinen Mann noch kennen lernen, denn ich hoffe, daß Sie uns öfter die Ehre geben werden, und dann können Sie sich auch selbst davon überzeugen, daß ich die Wahrheit spreche und daß mein Mann Witze macht. Affessor Säuerlich sagte erst kürzlich: Mein Mann habe schon mit seiner Geburt einen Witz gemacht. Fein, nicht wahr? Aber ich wäre beinahe von unserem Thema abgekommen. Sie wollten ja eine Wohnung suchen.“

„Ja“, unterbrach der Doktor den Redefluß der Dame mit leisem Lächeln. „Und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir dabei helfen wollen.“

„Man ist doch Mensch, und deshalb muß man sich gegenseitig beistehen. Wissen Sie, was Herr Mügebiel

sagt? Das Sprichwort: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“ könnte ich erfinden haben. Weil ich immer edel, hilfreich und gut sei. Mügebiel ist nämlich ein Schmeichler, aber er meint es nicht so. Frau Eibenforst besitzt also eine Pension, und da sie im Winter wenig Pensionäre hat, es sind auch Damen darunter, aber das stört ja nicht weiter, so wird sie Ihnen die gewünschten Zimmer sicher zur Verfügung stellen können. Dort sind Sie gut aufgehoben, dafür verbürge ich mich, denn Frau Eibenforst nimmt ihre Brötchen und Kuchen von uns. Wir baden nämlich auch Brötchen. Wissen Sie, in einer kleinen Stadt darf man nicht so fein, da muß man alles mitnehmen. Und gemütlich und heimisch wird die Dame es Ihnen machen, dafür wird schon Fräulein Bella sorgen. Bella ist die Tochter, die aber ihren Namen mit Unrecht trägt, denn sie ist leider gar nicht schön. Bella heißt nämlich schön, doch das werden Sie schon selbst wissen. Aber sie hat es innerlich und ist das, was man bei uns ein gutes Mädchen nennt und eine Seele. Wissen Sie was, ich werde Ihnen ein paar Zeilen für Frau Eibenforst aufschreiben. Die brauchen Sie nur abzugeben und gar nichts weiter zu sagen. Warum soll man sich nicht gegenseitig helfen? Aber schmeckt Ihnen der Kaffee nicht? Er wird ja kalt. Sie haben noch gar nicht getrunken!“

„Er schmeckt ausgezeichnet, verehrte Frau“, beglückte Werner die eifrige Dame. „Aber ich hatte noch keine Zeit zum Trinken. Es macht auch nichts.“

„Nein“, bestätigte Frau Seidenhase. „Von kaltem Kaffeedampf wird man schön. Das heißt, die Unwesenden sind selbstverständlich ausgeschlossen.“ verbesserte die rundliche Frau sich verlegen, nachdem sie ihrem Gast in das Gesicht gesehen hatte.

Werner lachte und erwiderte nichts. Er war nicht empfindlich und wollte die freundliche, nur ein wenig zu geschwätzige Frau nicht noch verlegen machen. Dankend nahm er auch den Zettel, den sie ihm bald darauf brachte, und in dem sie den Ueberbringer der Guld und dem Wohlwollen der Empfängerin empfahl. Dann beschrieb sie Werner mit immer gleichbleibender Lebhaftigkeit den Beo und trug ihm Grüße an Frau Eibenforst auf.

(Fortsetzung folgt.)

erkannt, und unsere Verhandlungen sind ihm in allen Punkten gerecht geworden. Wir wollen nicht, daß gerüttelt wird an unseren sozialen Errungenschaften. Wir brauchen keine neuen Gesetze zum „Schutz der Arbeitswilligen und gegen die soziale Bewegung“. Die bestehenden Gesetze reichen aus, um Entartungen und Mißbräuchen zu begegnen. Ja, es gibt sogar, bestehende gesetzliche Bestimmungen zu bessern, da sie sich bisher zu einem Hemmnis und zu einer Ungerechtigkeit gegenüber unseren Standesbestrebungen ausgewachsen haben. Wir haben für Scharfmacherwünsche keinerlei Verständnis, und wir verwerfen sie. Das haben wir auf dem Kongreß feierlich erklärt. Und auch das andere: daß die Sozialpolitik nicht ruhen darf, daß sie vielmehr fortgeführt werden muß. Der Beifall der Freunde sozialer Reform, wie die bittere Schmähung auf der anderen Seite haben bewiesen, daß wir verstanden worden sind.

Aber nicht in der bloßen Abwehr sozial-rückschrittlicher Bestrebungen hat unser Kongreß seine Stärke gezeigt; was ihm selbst von unseren Feinden nachgerühmt werden muß, ist die sachverständige Durchleuchtung schwierigster sozialer Tagesfragen. Man nehme die Frage der Lebensmittelversorgung, die Wohnungsfrage, die Frage der Arbeitslosenfürsorge, — noch nie hat bislang eine Arbeitnehmertagung die Probleme in so strenger Sachlichkeit und darum für Öffentlichkeit und Regierungen so anregend und wegweisend besprochen, wie es auf unserem Kongreß geschah.

So ist unser Kongreß klarer und zugewandter zu gleich geworden.

Run aber gilt es, den Inhalt dieser fruchtbringenden Tage zum geistigen Eigentum unserer Mitglieder zu machen.

„Unsere Mitglieder müssen von dem Geist, der die Tagung beherrscht hat, vollständig durchdrungen werden. Die Kenntnis dessen, was wir wollen, das innere Verstehen unserer letzten Ziele und stolzes Vertrauen auf unsere Bewegung und deren Zukunft muß sie erfüllen. Und durch sie, die Massen der christlich-nationalen Angestellten und Arbeiter, sollen unsere Anregungen sich in soziale Tat umsetzen. Die öffentliche Meinung bedarf fort und fort allerorts eine unausgesetzte Beeinflussung. Lebensmittelversorgung, Mißstände im Wohnungswesen und Arbeitslosenfürsorge stellen uns eine Fülle von Einzelaufgaben, deren Weiterverfolgung in Staat und Gemeinde durch unsere Organisationen angeregt und in Fluß gehalten werden muß. Darum ergeht unser Aufruf zur Arbeit an alle, die innerlich zu uns stehen!“

Mit unserer entschiedenen Willenserklärung auf dem Kongreß haben wir die Gefahr sozialer Verschlechterung noch nicht gebannt. Soll sie vollends wirkungslos gemacht werden, dann heißt es Wasser auftrüben und Waffen sammeln. Nur eine starke christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung kann eine dauernde Bürgschaft für gedeihliche Weiterentwicklung unserer sozialen Verhältnisse sein.

„Die christlich-nationale Arbeiterbewegung anerkennt die Werte, die im christlichen Kulturgedanken liegen und will sie nutzen für den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft. Unsere Bewegung ist national weil wir uns als einzelne wie als Bewegung bewachsen fühlen mit Land und Volk. Aber als vollwertiger Teil dieses Gesamtvolles wollen wir erkannt und anerkannt sein.“

„Unser Ziel können wir indessen um so vollkommener erreichen, je stärker wir sind an Zahl, je umfassender unsere Organisationen, je mannigfaltiger unsere Arbeit. Darum heißt unsere Losung: Stärkt die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung!“

Politische Rundschau.

— Berlin, 20. Januar.

:: **Zaberner Nachklänge.** Wie der „Elsässer“ aus guter Quelle erfährt, wird das Infanterie-Regiment Nr. 99, das auf die Truppenübungsplätze Bittsch und Hagenau verteilt ist, bis zum Oktober dieses Jahres dort verbleiben. Darauf wird das Regiment nach Straßburg in Garnison kommen. Ueber die Verlegung eines anderen Regiments nach Zabern schweben noch Verhandlungen. — Die „Straßburger Neue Ztg.“ schreibt: Zweijährig-Freiwillige aus verschiedenen Orten des Elsaß haben sich in den letzten Tagen bei preussischen Regimentern in elsässischen Garnisonen zur Untersuchung gestellt. Die Tauglichen sind angenommen worden. Einige Tage nach der Annahme haben sämtliche Tauglichen ohne Ausnahme die Mitteilung zugesandt bekommen, von der Einstellung müsse abgesehen werden.

:: **Zabern in der elsäß-lothringischen Kammer.** Die Erste Kammer des elsäß-lothringischen Landtages beschäftigte sich am Montag mit der Interpellation über Zabern. Staatssekretär Born von Bulach erklärte namens der Regierung, daß diese von der in Aussicht gestellten Nachprüfung der preussischen Dienstvorschriften die nötige gesetzliche Klarheit erwarte. — Eine von 18 Mitgliedern der Kammer unterzeichnete Resolution wurde eingebracht, in welcher die Erste Kammer die Vorkommission in Zabern beklagt. Die Interpellanten sind der Ansicht, daß der militärische Befehlshaber, auch wenn er sich zum selbständigen Eingriff befugt erachtete, jedenfalls in einer das rechtliche Empfinden verletzenden Weise sich eine schwere Überschreitung seiner Befugnisse hat zuschulden kommen lassen. Die Interpellanten sind schließlich der Ansicht, daß gegen die Wiederholung solcher Vorkommnisse eine sichere Garantie gegeben werden muß. Die Resolution wurde bekämpft von Professor Laband und zwei Generalen. Bürgermeister Dr. Schwander trat für die Resolution ein, ebenso Graf Andlau und der Präsident der Straßburger Handelskammer. Die Kammer ersuchte schließlich die Regierung, an maßgebender Stelle eine Entscheidung herbeizuführen.

:: **Des Preußentags Echo.** In Bayern ist die Erregung über die ungewollte Herabsetzung des Anteils der bayerischen Armee an den Ruhmestaten von 1870 nicht gering. Allenthalben werden Volksversammlungen einberufen, in denen gegen die vermeintlichen Beschimpfungen Bayerns Einspruch erhoben werden soll. Auch in bayerischen Regierungskreisen ist man verstimmt, und es sollen offizielle Schritte in Berlin beabsichtigt sein, was aber wohl kaum seine Wirkung

leitet haben dürfte, da der „Preußentag“ keinen irgend wie amtlichen Charakter hatte.

:: **Generallieutenant v. Krafft** erklärt auf Anfrage des Kriegsministers über seine in Bayern als Beleidigung aufgefaßte Äußerung auf dem Preußentage in einem Schreiben, bei der Hochachtung, die er für seine braven alten Waffengefährten von der Loire bis an sein Lebensende empfinden werde, sei es ganz unmöglich, daß er etwas gesagt haben sollte, das die Bayern, deren Ritterkreuz mit Schwertern zu tragen er sich zur höchsten Ehre anrechne, verletzen könnte. Das Schreiben wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ wörtlich zum Abdruck gebracht, und das offiziöse Blatt bemerkt dazu: „Wir glauben, daß durch die Erklärung des Generals von Krafft, die nach der ersten Zeitungsmeldung berechtigte Erregung nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich beseitigt wird. Die in so vielen Schlachten bewiesene Tapferkeit der Bayern braucht keinen Vergleich zu scheuen, und sie Zweifel auszuheben, wäre ein Verstoß gegen den Geist der Waffenbrüderschaft gewesen, in der die Deutschen aller Stämme die staatliche Einigung der Nation mit ihrem Blute erkämpft haben.“

:: **Die Stellungnahme Deutschlands in der Inselfrage** soll in Konstantinopel verschärft haben. Eine hochstehende türkische Persönlichkeit soll sich also geäußert haben:

Die Türkei habe volles Vertrauen zu Deutschland und engste Beziehungen zu ihm gehabt, so daß Rußland deswegen auffällig wurde. Die Türkei hätte darum nie geglaubt, Deutschland könnte kurz nach Ankunft der Militärmission die türkische Sache so verlassen. Die türkische Enttäuschung sei sehr groß, aber die Türkei werde auf dem Wiedererwerb beider Inseln bestehen wegen der Nähe der Küste und des jährlichen Ertrages von über fünf Millionen.

Auf die Frage, warum die türkische Regierung so unfreundlich gegen die Dreibundpolitik war und gestattete, daß Iszet Pascha als Kriegsminister einen Putz in Albanien vorbereitete, konnte die Persönlichkeit keine befriedigende Antwort geben.

:: **Staatssekretär Delbrück** über den Arbeiterschutz. Staatssekretär Delbrück, der Lokomotivführer der Reichssozialpolitik, verbreitete sich am Dienstag im Reichstag über den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter in gewerblichen Betrieben. Bei der Beratung seines Etats nahm er zu den Anregungen von verschiedener Seite Stellung. Wir geben aus seiner Rede den darauf bezüglichen Teil ausführlich wieder:

Die zweite Besondere richtet sich darauf, daß nicht genug zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter getan werde. Dagegen sei erinnert an eine ganze Reihe von Fortschritten auf organisatorischem Gebiete. Wir haben die Möglichkeit gegeben, zum Erlaß von Verordnungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter auf Grund der allgemeinen Bestimmungen der Gewerbeordnung. Jetzt sind die Landeszentralbehörden in der Lage, einzugreifen, wenn es der Bundesrat nicht tut, und jetzt können auch die Ortspolizeibehörden eingreifen, wenn wegen der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die Landeszentralbehörden nicht Verordnungen erlassen können. Die Tätigkeit dieser mittleren und unteren Verwaltungsorgane wird gefördert dadurch, daß unter Mitwirkung des Reichsgesundheitsamtes die Grundzüge festgelegt sind, nach denen im einzelnen vorgegangen werden muß. Diese Vörschrift bedeutet eine Verbesserung, denn sie ermöglicht es, überall da einzugreifen, wo eine generelle Regelung dies verbietet. Wenn dazu noch erwähnt wird, daß neuerdings in Preußen die Gewerbeaufsichtsbeamten zu einem unmittelbaren polizeilichen Eingreifen befugt sind, so wird man zugeben müssen, daß auch für den Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter unendlich viel geschieht, auch wenn keine Bundesratsverordnungen erlassen werden.

Was uns zu tun bleibt, ist nicht gesetzgeberische Arbeit — auf jedem Gebiete erschöpft sich ja einmal die Möglichkeit des Erlasses neuer Gesetze —, sondern Detailarbeit einzelner Beamten und Behörden. Das ist auch einer der Fortschritte in den letzten drei Jahrzehnten. Wir haben geschulte Beamte, die Kenntnis und Verständnis zur Beurteilung sozialpolitischer Fragen haben. Diesen Erfolg möchte ich auch noch ausdrücklich hervorheben. Ueber den Wert und die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist in letzter Zeit auch abfällig geurteilt worden. Meines Erachtens zu Unrecht. Der Abgeordnete Hitz hat im vergangenen Jahre angeregt, das Material über ihre Wirkungen zu sammeln. Ich bin dieser Anregung gern entgegengekommen, und die Denkschrift darüber wird Ihnen in einiger Zeit vorgelegt werden. Sie soll nicht einzelne Momente, sondern unanfechtbare wissenschaftliche und statistische Grundlagen bieten. Einstweilen verweise ich auf die beachtenswerte Schrift des Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Dr. Kaufmann. Wenn wir augenblicklich in der Sozialpolitik nicht vorwärtsdrängen, so hat das darin seinen Grund, daß sozialpolitische Probleme nicht vorliegen.

Parlamentarisches.

? Einen Gesetzentwurf, nach dem die **Nebernahme von Kreditbürgschaften für Kleinwohnungsbauten für Beamte** ermöglicht werden soll, kündigte in der Budgetkommission des Reichstages Ministerialdirektor Lewald an.

? Bezüglich der **Konturrenklausur** entschied sich die Gewerbeordnungskommission des Reichstages dahin, daß die Gehaltsgrenze auf 1800 Mark festgesetzt werde. Die Entschädigungssumme wurde auf die Hälfte festgesetzt.

? Eine **Erhöhung der Zengengebühren** beschloß die Reichstagskommission für die Gebührenordnung dahin, daß der Zeng für seine Zeitverräumnis eine Entschädigung von 0,30 bis 1,50 Mark statt bisher 0,10 bis 1,00 Mark erhalten soll. Die Regierung behielt sich die Stellungnahme zu diesem Beschlusse vor.

? Die **Kassendeckung** wurde am Dienstag in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Debatte geführt und der Titel mit großer Mehrheit angenommen, nachdem vorher noch (auf Antrag eines Centrumsmittglieds) der Beitrag zu den Kosten der Untersuchungen von Empfängerproben um 50 000 Mark erhöht und zur Prüfung der Erdaugenfrage 100 000 Mark neu eingesetzt worden waren.

? In der Budgetkommission des Reichstages wurden am Dienstag ein Centrumsantrag, der den Reichskanzler um Unterstützung der vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeblattentwurf errichteten zentralen Beratungskomitee für die Berufsämter der einzelnen Handwerkskammern ersucht, einstimmig angenommen. Es sollen dafür 30 000 Mark bis zur dritten Lesung in den Etat eingestellt werden.

Europäisches Ausland.

Türkei.

:: **Die Inselfrage.** In türkischen Regierungskreisen weist man mit Nachdruck darauf hin, daß die Türkei von dem Beschluß der Mächte über die Aufstellung der Inseln im Ägäischen Meere keinerlei Nachricht erhalten hat. Die türkische Regierung werde daher unter allen Umständen gegen die Wegnahme von Chios und Mytilene energisch protestieren und die erste Gelegenheit benützen, um ihre Rechte

geltend zu machen. — Die Anarchie in allen Teilen des Landes ist so groß, daß eine Intervention Europas notwendig erscheint. Italien soll auch bereits beschlossene haben einen Panzerkreuzer nach Balona zu entsenden. Ueber eine internationale Flottilledemonstration schweben Verhandlungen. Rußland erklärte, sein Standpunkt in dieser Frage hänge wesentlich von dem Vorgehen Englands und Frankreichs ab.

! **Die Türkei kauft weitere Kriegsschiffe.** Sie versichert sich eines auf einer amerikanischen Werft seiner Vollandung entgegengehenden, für Rechnung Argentinien erbauten Dreadnoughts.

! **Zum Fall v. Sanders** wird von autoritativer, deutscher Kriegsminister nahestehender Seite dem Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ versichert, daß nur Zweckmäßigkeitsgründe den Ausschlag gegeben hätten, wenn General Vime von Sanders zwar zum Marschall ernannt, ihm aber teils neuen Funktionen verliehen worden seien. Es sei dies eine vollkommene Uebereinstimmung mit dem Kriegsminister geschehen. Der Chef der deutschen Militärmission habe ein uneingeschränktes Inspektionsrecht. Sein Reformwerk werde in keiner Weise dadurch beeinträchtigt, sondern weit eher gefördert.

Albanien.

! **Keine weiteren Kämpfe bei Elbasan.** Seitdem die Anhänger Esad Paschas von der Regierungsgendarmerie geschlagen und zurückgeworfen worden sind, haben sie keine neuen Angriffe mehr unternommen. Die Bewohner der Umgegend von Elbasan haben die Versicherung abgegeben, daß sie nichts Böses gegen die Stadt und die Regierung nicht zu Schilde führen.

! **Pessimismus über die Lage in Albanien.** Telegramme der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission an ihre Regierungen lassen erkennen, daß man in der nächsten Zeit mit einer Verschlechterung der Lage in ganz Albanien rechnen, und zwar nicht nur in Balona. Die internationale Kontrollkommission sieht sich um so größeren Schwierigkeiten gegenüber, als zwischen ihr und dem Präsidenten der provisorischen Regierung, Ismail Kemal Bei, ernstliche Differenzen entstanden sind.

Amerika.

Mexiko.

! **Etwa 4000 Flüchtlinge von der Armeo Guerras.** Männer, Frauen und Kinder, sind auf der Flucht vor den Anhängern der Vereinigten Staaten mit Lebensmitteln versehen wurden und Wohnungen erhalten sollen. Die Flüchtlinge waren gezwungen, die Stadt Ojinaga infolge der plötzlichen Ueberrumpfung durch den Rebellenführer General Will Gals über Kopf zu verlassen. Sie hatten nicht einmal Zeit, die allernötigsten Kleidungsstücke mitzunehmen. Die Flüchtlinge litten auf dem Wege nach Veracruz unangenehm unter Hunger und Kälte. — Guertta befindet sich in einem an Wasser grenzenden Zustande darüber, daß die Regierung der Vereinigten Staaten täglich 1500 Dollars für den Unterhalt der auf amerikanischen Territorien entwaffneten Bundesstruppen verlangt.

! **Ein Indianeraufstand** macht die Lage noch verwickelter. Im Staate Puebla befinden sich die Sarano-Indianer wieder auf dem Kriegspfade. Man befürchtet, daß die Verbindung zwischen Veracruz und der Hauptstadt abgebrochen werden könnte. Die Revolte der Indianer soll mit der Bewegung der Konstitutionalisten in Zusammenhang stehen.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 20. Januar.

Vor Eintritt in die Etatsberatung wurden dem Entwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Danzig nach erster Lesung an die Gemeindeforschung verwiesen und der Entwurf betreffend die Zuständigkeit der Gerichtsschreiber der Amtsgerichte für die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift in dritter Lesung angenommen. Hier wurde die zweite Lesung des Etats beim

Landwirtschaftsetat

fortgesetzt. Abg. Morawski (Pole) suchte die Schwierigkeiten, die Rußland in der Landarbeiterfrage mache, auf die Ostmarkenpolitik zurückzuführen, die für die ganze Landwirtschaft von Schaden sei. Deutschland kann, wie der folgende Redner, Abg. Hoesch (kons.), ausführte, sehr wohl den heimischen Fleischkonsum decken, wenn man der deutschen Landwirtschaft nur den nötigen Zoll- und Steuerzuschuß gewährt. In der Rüstung sei man vom Auslande unabhängig. Die Rüstung sei man vom Auslande unabhängig. Der Nationalliberaler Dr. Schifferer verurteilte die Anle auf das Schicksal Englands, das unter dem Freihandel 60 v. H. seiner Bauern vernichtet und seine Bevölkerung nur noch zur Hälfte selbst ernähren könne. Deshalb sei die Aufrechterhaltung des Zollschutzes eine nationale Bedürfnisfrage. Nach ihm ergriff der konservative Abg. Graf Moltke das Wort, der den Ausführungen des Abg. Hoff entgegentrat, aber auf der Tribüne unverständlich blieb. Abg. Brors (Str.) lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers darauf, daß im Rheinland bei Verpachtung von Jagden die Jagdordnung oft nicht eingehalten werde. Zum Schluß suchte Abg. Pachnide (Sp.) darzulegen, daß in England nicht der Freihandel, sondern die historische Entwicklung der Grundbesitzverteilung und die Sünden der Großgrundbesitzer den Niedergang der Landwirtschaft verschuldet hätten.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und das Gehalt des Ministers bewilligt. Die weitere Besprechung vertagte man auf Mittwoch.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 20. Januar.

Im Reichstage stand heute zunächst die kurze Anfrage des Abg. Erzberger (Str.) wegen des Verbots auf der Tagesordnung, das Polizeipräsident von Jago gegen die geplante Vereinigung Berliner Schutzmannen erlassen hat. Die Antwort erteilte Geheimrat Lewald. Nach Ansicht der Regierung ist für sie kein Anlaß zum Einschreiten vor; die Angelegenheit gehöre nicht dem Vereins-, sondern dem Beamtenrecht an. Im übrigen verweise der Regierungsvorsteher auf die feinerzeitigen Ausführungen des damaligen Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, dem sich auch die Reichstagskommission angeschlossen habe. Er empfahl diese Frage, da gerade der Etat des Reichsamts des Innern zur Debatte stehe, im Rahmen der Etatsdebatte zur Sprache zu bringen. Danach wird die zweite Beratung des

Etats für das Reichsamt des Innern fortgesetzt mit einer Rede des Abg. Kraeizig (Sp.).

die die Lage der Landarbeiter schwarz in

Hierauf erteilte der Präsident das Wort dem Staatssekretär Dr. Delbrück zu einer sozialpolitischen Programmrede. In der Versicherungsgegesetzgebung mußte gewisser Abbruch als erreicht angesehen werden. Staatssekretär kündigte zwei Denkschriften an: eine die Sicherung des Koalitionsrechtes und eine die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die verständige Sozialpolitik sei nach seiner Auffassung eine der Kraftquellen für das Deutsche Reich. Die verständige Sozialpolitik müsse aber in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben. Hierauf las Redner auf den heutigen Stand der deutschen Volkswirtschaft zu sprechen. Unsere Wirtschaftspolitik habe im ganzen zweifellos große Fortschritte in Deutschland geschaffen. Sie habe uns seit 30 Jahren ermöglicht, die Sozialpolitik, wie wir es getan haben, durchzuführen. Wir haben demgemäß gar kein Interesse daran, an den Grundlagen unserer bewährten Wirtschafts- und Sozialpolitik zu rütteln. Die Regierung vertrete nach wie vor die Ansicht, daß unser bisheriger Vorschlag im allgemeinen genüge, daß er der aufrecht erhalten werden müsse, und daß die Fortführung unserer Wirtschaftspolitik im wesentlichen die gleiche bleiben müsse. Insbesondere müsse der Landtag die Sozialpolitik nach wie vor erhalten bleiben. Es bestehe einstweilen nicht die Absicht, dem Reichstag eine Novelle zum Sozialtarif vorzulegen. Abg. Th. v. (Centr.) trat für die Wünsche des Mittelstandes ein. Der Mittelstand trage bereitwillig die Lasten der sozialen Gesetzgebung, doch es müsse ein wenig mehr Rücksicht genommen werden auf seine Interessen. Auf seine Beschwerde über den heimischen Warenhandel antwortete sogleich Ministerialsekretär Caspar, daß entsprechende Verordnungen erlassen seien. Abg. Böhm (Wbb.) betonte, daß die Wirtschaftspolitik hinsichtlich unserer Abhängigkeit vom Auslande einen Stillstand hervorgerufen habe. Hierauf vertagte man sich auf morgen.

Lokales und Provinzielles.

Zum Raubmord in Wiesbaden. Die Polizei arbeitet in der Raubmordache eine fieberhafte Tätigkeit, den Mörder „Müller“, der der Täter sein muß, zu stellen. In seiner Begleitung soll sich nach den neuesten Mitteilungen ein 22-25 jähriges Frauenzimmer von ca. 1,70 Meter Größe befinden, mit schmalen blauen, vorstehenden Zähnen im Oberkiefer und auffallend hellen Haaren. Sie trägt ein graubraunes Jackenkleid, einen Mantel von derselben Farbe, ferner einen braunen Hut mit Bandverzierung an der Vorderseite. Nach Aussagen des Mörders der Familie Schweizer gegenüber soll diese Person eine Näherin sein, die vorher in der Gegend gewohnt habe. An der Mordstelle sind weder von manchen Seiten berichtet wurde, Stemmisen gefunden noch Schränke erbrochen worden. Frau Schweizer soll dem Anschein nach, wie wir schon gestern meldeten, dort eine Frauenperson, deren Beschreibung auf die in der Zeitung des Mörders befindlichen Näherin paßt. Der Mörder von den Bruten, die ihn gesehen haben, als ein Mann im Alter von ca. 25 Jahren geschildert und von derselben Größe wie die Frauenperson, hat ein schmales knochiges Gesicht, dunkle, dunkelblonde Haare, Schnurrbart. Einige, die ihn gesehen haben, meinen, er habe früher auf „Germania Brauerei“ in Wiesbaden gearbeitet.

Aus Stadt und Land.

Neun Arbeiter bei einer Explosion getötet wurden. bei Arbeiten an der Strecke der Canadian Northern Railway in der Nähe des Ortes Arnprior (Provinz Ontario). Eine Dynamitpatrone ging vorzeitig und zerbrach sechs Arbeiter sofort vollständig, während drei andere so glücklich verstimmt wurden, daß sie kurz darauf starben.

Bei einem Thunfischangriff ertrunken. Eine junge, verheiratete Frau in Ederdorf, die sich in gesegneten Umständen befand, wurde am Brunnen vor ihrem Hause ertrunken aufgefunden. Die Bedauernswerte verstarb sich nicht mehr ins Haus zu schleppen.

Oberritter in Montreux. Schweizerische Zeitungen melden, daß der Kommandeur des 99. Infanterie-Regiments, Oberst von Montreux, sich augenblicklich in Montreux aufhält. Er sei zu einem längeren Aufenthalt in der französischen Schweiz in einem Hotel von Montreux abgestiegen.

Die Suche nach dem „A. 7“. Nach den letzten Berichten glaubt man die Stelle gefunden zu haben, der „A. 7“ gesunken ist. Eine Torpedobootsflottille hat den betreffenden Ort im Kreis umgeben und mit den Taucharbeiten begonnen. Der britischen Admiralität werden die heftigsten Vorwürfe gemacht, den Untergang des „A. 7“, da sie noch immer eine Serie von Unterseebooten im Dienst habe. Engländer erinnern an den Artikel eines deutschen „Sargen“ verglichen werden, und halten diesen Vorwurf für gerechtfertigt. Die Blätter weisen darauf hin, daß diese Unterseeboote im ganzen 13 Jahre umfaßt, von denen bereits 5 bei verschiedenen Unfällen gesunken sind. Man fordert, daß diese Unterboote unverzüglich außer Dienst gestellt werden.

Der Landgerichtspräsident. Am Montag wurde Berliner Landgericht ein Engländer, der sich Renennung und als Hochstapler angezeigt ist, auf Anordnung des Vorsitzenden von einem prächtigen Vollmonor, um ihn zu identifizieren, die deutsche Polizei seines blühenden Bartes durch einen schnell getragenen Friseur wegrasieren lassen, und nun den kahlköpfigen Mann der Angeklagte sogleich gut amens. Sein barloses Gesicht konnte nun mit einer Photographie aus San Francisco verglichen werden.

Es kommt nicht alle Tage vor, daß jemand gegen seinen Willen den städtischen Vollbart verliert. Der Friseur als Gerichtspräsident ist vorläufig noch eine seltsame Erscheinung. Man hat gesehen, daß Angeklagte ihre absichtlich schosse oder absichtlich elegante Kleidung wechseln mußten, um von Zeugen leichter erkannt zu werden. Daß einer zuerst aussieht wie Hermann Sudermann und fünf Minuten später wie Julius Caesar, ist im Gerichtssaal noch nicht dagewesen. Aber dergleichen Verwandlungen können im gerichtlichen Verfahren zuweilen nötig sein, eine richtig besetzte Strafkammer muß künftighin auch einen königlichen Landgerichtspräsidenten zur Stelle haben! Die schwierigste Arbeit dürfte er übrigens bei angeklagten Damen haben. Eine Hochstaplerin, die sich unkenntlich macht, indem sie sich als einfach gekleidetes Weib aus dem Volke verkleidet, wird nötigenfalls maniert, frisiert, gepudert und lippengefärbt werden müssen. Ein großstädtisches Gericht wird ihn unerlässlich brauchen — den königlich preussischen Landgerichtspräsidenten!

Die Geschworenen im Hopsprozeß haben für die ganze Dauer der Verhandlung auf ihre Diäten zu Gunsten von Hopps dritter Frau verzichtet, die sich in sehr ungünstigen Verhältnissen befindet und deren Gesundheit durch die Arsenvergiftung arg mitgenommen ist.

Ein mutiges Rettungswerk vollführte der 12-jährige Schüler Otto Knispel in Strausberg. Die achtjährige Agnes Brewitz hatte trotz der Warnung ihrer Eltern die Eisdecke des Straussee betreten, um Schlittschuh zu laufen, brach ein und wäre zweifellos ertrunken, wenn nicht Otto Knispel unverzüglich zu Hilfe geeilt wäre. Er trog vorsichtig bis zur Unfallstelle und kam noch gerade rechtzeitig, um das Mädchen zu fassen. Mit vieler Mühe und unter großer Gefahr gelang es ihm, die Verunglückte auf festes Eis zu ziehen und ans Ufer zu bringen.

Der Mordprozeß gegen den Grafen Mielzinski wird bereits am 20. Februar das Schwurgericht in Glogau beschäftigen.

Ein Streik der Rechtsanwälte wird aus Genua gemeldet. Alle Gerichtsverhandlungen ruhen.

Enver Pascha für Religion und Mäßigkeit. Der neue türkische Kriegsminister hat zwei Erlasse hinausgegeben, deren erster den muslimanischen und christlichen Truppen strenge Erfüllung ihrer religiösen Pflichten auferlegt, denn eine Armee ohne Religion habe keinen Wert; der zweite untersagt den Offizieren bei der Strafe der Entlassung oder Stellung zur Disposition, an öffentlichen Orten Alkohol zu trinken.

Um 40 Millionen handelt es sich bei einem Prozeß, der in den nächsten Tagen in New York beginnen wird. Verwandte des im Jahre 1912 bei einer Automobilfahrt ums Leben gekommenen Ehepaars Fair haben Frau W. R. Vandervbilt auf Herausgabe des Erbes in obiger Höhe verklagt. Frau Vandervbilt, eine nahe Verwandte des Herrn Fair, hatte nach dem Autounfall durch Zeugenaussagen bewiesen, daß Herr Fair seine Frau um einige Minuten überlebt habe und ihr daher die Erbschaft zufallen müsse. Jetzt soll ihr diese strittig gemacht werden.

Volkswirtschaftliches.

Berlin, 20. Januar. (Börse.) Der Geldpreis sinkt, die Kurse bleiben fest. Der Londoner Geldmarkt folgt in raschen Schritten dem Vorgehen Berlins. Neue Diskontomäßigungen stehen vor der Tür. Die Ultimoverbesserung wird sich leicht und billig vollziehen. Ein ständiges Moment bildet für die Börse die Ablehnung der Hamburg-Amerika-Linie gegenüber den Pariser Schiffahrtsverhandlungen. Die Lage der Kohlen- und Eisenindustrie wird nicht ungünstig beurteilt; am Zustandekommen des Währungsindex wird trotz mannigfacher Ablehnungsversuche nicht gezweifelt.

Magdeburg, 20. Januar. (Zuckerbericht.) Kornzucker 88 Grad ohne Sac 8,85-8,925. Nachprodukte 75 Grad ohne Sac 7,00-7,15. Ruhig.

Bremen, 20. Januar. (Baumwolle.) American middling loto 65,25. Ruhig.

Getreidepreise. Dienstag, 20. Januar, kosteten 100 Kilo (Weizen: B., Roggen: R., Gerste: G., Hafer: H.): Königsberg: B. 15,20-15,25, R. 14,40-15,50. Danzig: B. 18,80, R. 15,25-15,30, G. 14-16,20. Stettin: B. 18, R. 13-15,40, G. 13-15,40. Breslau: B. 17,90-18,10, R. 14,90-15,10, G. 14 bis 15,20.

Berlin: B. 18,50-19, R. 15,55-15,65, G. 15,10-17,80. Danzig: B. 19,30-19,60, R. 15,20-15,30, G. 15,20 bis 17.

Letzte Nachrichten.

+ Berlin, 20. Januar.

Der Kaiser nahm Dienstag vormittag im königlichen Schloß die Vorträge des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherr von Lynder, und des Chefs des Marinekabinetts, Admirals von Müller, entgegen.

Die künftige deutsche Militärmisision? Der „Österreichischen Rundschau“ in Wien wird aus Konstantinopel gemeldet, daß außer dem General Liman v. Sanders auch die übrigen Offiziere, die der deutschen Militärmisision angehören, keine leitenden Stellen mehr innehaben, sondern ausschließlich als Instruktoren den türkischen Befehlshabern zugeteilt werden sollen. — Enver Pascha habe in der Petersburger „Nowoje Wremja“ erklärt, daß er „kein besonderer Freund Deutschlands“ sei, und von der Auffassung durchdrungen wäre, daß die Zukunft der Türkei auf guten Beziehungen zum benachbarten Rußland beruhe, er werde alles tun, um diese Beziehungen zu den besten zu gestalten. Im Lichte eines solchen Bekenntnisses erscheine die „Kaltstellung der deutschen Militärmisision“ als eine bedauernde diplomatische Niederlage Deutschlands, die in Berlin schwer verstimmen dürfte.

Zabern im Reichstage.

Die Renaissancelage der Zabernerdebatte im Reichstage, die aus der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Interpellation zu erwarten ist, wird am Freitag erfolgen. Der Reichstag will nämlich bereits am Donnerstagabend mit der Generaldebatte zum Etat des Reichsamts des Innern fertig werden, und danach sollen dann die Interpellationen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Zur Frage des Submissionswesens.

Über den Existenzkampf des Mittelstandes sprach auf dem Verbandstage Deutscher Dachdecker-Innungen in Magdeburg Bürgermeister Dr. Eberle-Mosken, wobei er namentlich auf die Schäden des Submissionswesens hinwies und zur Herbeiführung besserer Verhältnisse die Forderung aufstellte, daß die Ausschreibungsunterlagen reformiert bzw. ein neues eindeutiges Formular geschaffen, besondere geschulte Sachverständige zum Zwecke wichtiger Preisfestsetzung vor der Preisabnahme herangebildet und die Qualität der gelieferten Arbeiten einer exakten Prüfung unterzogen werden soll. Es sei dringend notwendig, daß das Submissionswesen nicht schematisch für das ganze Reich festgelegt werde, sondern daß hierfür die einzelnen Fälle in den einzelnen Gemeinden berücksichtigt werden. So gut Landwirtschaft und Arbeiter eine Regelung der Preise anstreben, so gut könne auch das Handwerk darauf dringen. Ein fester Zusammenschluß des gesamten deutschen Mittelstandes zur Vertretung der berechtigten Forderungen der Handwerker sei im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes dringend notwendig. — Der Redner erntete lebhaften Beifall für seine Ausführungen.

Scherz und Ernst.

Die Leibgarde der Kaiserin kann in diesem Jahre ein Jubiläum begehen. Am 28. Juni sind 25 Jahre verflossen, als auf Anordnung des Kaisers für seine Gemahlin eine Leibgarde gebildet wurde, die als zweiter Zug der Leibgarderie in Potsdam besteht und mit diesen das gleiche Kasernement vor dem Brandenburger Tor in der Havelresidenz teilt. Zur Leibgarde der Kaiserin ist als Führer dieser Elitetruppe stets ein Offizier des Kürassier-Regiments „Königin“ (Pommersches) Nr. 2 in Potsdam kommandiert. Kommandeur der Leibgarde der Kaiserin und der Leibgarderie ist als Generalkapitän der Schloß- und Leibgarde der Generaladjutant General von Scholl. Die Leibgarde der Kaiserin trägt bei Paraden und feierlichen Gelegenheiten die preussische Uniform der ehemaligen Bayerischen Dragoner, aus denen die Potsdamer Kürassiere hervorgegangen sind. Die Kaiserin legt, wenn sie bei Paraden zu Pferde erscheint, die preussische Uniform ihrer Leibgarde an. Die „Leibgarderie des Königs“ ist im Jahre 1820 errichtet worden; der Oberwachmeister der Truppe wird etatsmäßig als sechster Wachmeister des Regiments Gardes du Corps geführt. Die sämtlichen Unteroffiziere und Mannschaften der Leibgarderie und der Leibgarde, die beide zum Gardekorps gehören, sind von preussischen Kavallerie-Regimenten abkommandiert.

Ein Kriegsveteran aus den Feldzügen gegen Napoleon I. Dem Jaren ist in den letzten Tagen ein Jubiläum vorgelassen worden, der schon die Kämpfe gegen Napoleon I. als Soldat mitgemacht hat. Der Veteran ist 136 Jahre alt.

Grand. Nicht das „höchste“ Spiel beim „deutschen Skat“ und anderen Kartenspielen, die sich immer noch französischer Ausdrücke bedienen, sondern leider ein anderer seltener Mißbrauch dieses französischen Eigenschaftswortes ist hier gemeint. Zwar das „Grand Magazin“ (oder gar „Magazin“) oder der „Grand Bazar“ als Benennung der Warenhäuser scheint seit einigen Jahren nicht weiter um sich gegriffen zu haben; doch erfreuen sich so große und lebhaft Handels- und Verkehrsmittelpunkte wie Nürnberg und Frankfurt am Main noch immer eines „Grand Bazar“ als des „erstklassigen Kaufhauses“. Außerordentlich weit verbreitet sind dagegen immer noch das „Grand Hotel“ und das „Grand Cafe“, und zwar sowohl in Verbindung mit den verschiedensten Eigenschaftswörtern als mehr oder weniger sinnvollen Zusätzen wie Grand Hotel Continental oder Grand Cafe Imperial usw. als auch ganz einfach als Grand Hotel und Grand Cafe. Dabei besteht im Wirtsgewerbe der Stadt, der wohl von den Besuchern geteilt werden dürfte, daß diese ziemlich anmaßende Selbstbezeichnung ohne weiteres einen Vorrang vor den Wettbewerbern festlegt. So ist kürzlich auch in einer sehr reichen und neuerdings mächtig aufblühenden Handelsstadt am Rhein ein alteingesetztes Kaffeehaus nach beträchtlichem Ausbau als „Grand Cafe“ eröffnet worden, und der Kölner „Bierstall“ bezeichnet sich als „Grand Hotel“. Ja, ja: „Großer Gasthof“ und ebenso „Großes Kaffeehaus“ dünkte die meisten wohl selbst am oder vielleicht gar spazig; und doch gibt es in Altbayern, sogar in der Hauptstadt München selbst, mehr als ein stattliches und starkbesuchtes Wirtshaus, das „Großer Wirt“ oder „Großwirt“ heißt.

Aus Westdeutschland.

Trier, 20. Januar. Bei einer Übung der Maschinengewehrtruppe des 29. Regiments gingen die Pferde mit dem Maschinengewehr durch. Sechs Soldaten stürzten und wurden überfahren. Sie erhielten so erhebliche Verletzungen, daß sie ins Lazarett gebracht werden mußten. Das Maschinengewehr hat gleichfalls Schaden erlitten.

Neuwied, 20. Januar. Auf einem Weiser bei Stadbach brachen die beiden 12- und 13-jährigen Söhne des Schmiedemeisters Fink beim Schlittschuhlaufen auf dem Eis ein und ertranken. Bei dem Versuch, sie zu retten, geriet auch der 17-jährige Schlemmer unter das Eis und ertrank.

Köln, 20. Januar. Vier noch junge Verbrecher standen in der Person eines 17-jährigen Fürsorgezöglings, des 19-jährigen Hosenarbeiters Serbatus Schütz, eines 19-jährigen Kesselschmiedes und eines 19-jährigen Arbeiters, alle aus Köln, vor dem Kölner Schwurgericht. Die vier Angeklagten führten mit noch zwei oder drei Kumpanen ein regelrechtes Räuberleben. Sie hausten in den verlassensten Kellern im Kölner Park. Die Schwester des Kesselschmiedes ist Verkäuferin in der Filiale der Konsumgenossenschaft Hoffnung in Köln-Rodenkirchen; allabendlich fuhr sie mit dem ganzen Kassenbestand mit der elektrischen Bahn nach Hause. Es wurde nun der Plan gefaßt, die Verkäuferin zu überfallen und ihr die Täsche zu entreißen. Am 18. September faßten die beiden ersten Angeklagten den Entschluß, den Raub auszuführen. Sie gingen deshalb hinter der Dame her und nahmen sie dann in die Mitte. Der Fürsorgezögling entriß ihr die Baretasche, in der sich 390 Mark be-

fanden. Mit dem Geld ließen die beiden auf den Don zu, kauften sich neue Kleider und außerdem jeder zwei Browningpistolen. Schütz erhielt von dem Geld zuerst 100 Mark und später nochmals 30 Mark. Der Bruder der Verurteilten erhielt 3 Mk. Das Urteil lautet gegen den ersten Angeklagten auf vier Jahre, gegen den Bruder auf 14 Monate und gegen den Arbeiter auf sechs Monate Gefängnis. Schütz, der nicht weniger als sechsmal wegen Diebstahls bestraft ist, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

— **Leisburg**, 20. Januar. Nach den neuesten behördlichen Bestimmungen kann der endgültige regelmäßige Betrieb auf dem Rhein-Hernekanal im Jahre 1914 noch nicht eröffnet werden. Es soll vielmehr im Laufe des Jahres nur ein Probetrieb gestattet werden, dessen Beginn und Umfang sich gegenwärtig noch nicht übersehen läßt. Nach dem Ausweis der Hafenverwaltung verkehrten in den öffentlichen Häfen im Jahre 1913 rund 109 300 Schiffe, 9900 mehr als im Vorjahre. Der Güterverkehr erreichte 26,8 Millionen Tonnen, 3,8 Millionen mehr als im

Vorjahre. Mit Hinzurechnung der privaten Häfen der Werke dürfte der Verkehr insgesamt 40 Millionen Tonnen erreichen.

— **Leisburg**, 20. Januar. Der Beamtenwohnungsverein in Duisburg errichtet auf Hüdinger Gebiet inmitten von Wald- und Biesenland eine in größten Abmessungen gehaltene Gartenstadt Weidau von über 500 Häusern, darunter 400 Einfamilienhäusern. Jede Wohnung erhält elektrisches Licht, Kochgas, Wasserleitung, Baderäume und rund 200 Quadratmeter Gartenland; außerdem werden für die einzelnen Häusergruppen Stallgebäude zur Kleinvieh- und Geflügelzucht gestellt. Die ganze Anlage wird durch sieben bis zwölf Meter breite Straßen in Blocks geteilt unter Ausparung großer schattiger Spiel- und Erholungsplätze.

— **Hamborn**, 20. Januar. Die beiden 12 und 14 Jahre alten Kinder der Fabrikarbeiterin Kosda in Hamborn erkrankten vor einigen Tagen unter verdächtigen Erscheinungen und starben. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß beide Kinder einer Fleischvergiftung erlegen sind.

— **Essen**, 20. Januar. Hier hat sich auf der C-bahn ein schweres Unglück ereignet. Dort brach bei Schlittschuhlaufen auf der sogenannten alten Röhre ein toter Flußarm, der 12-jährige Sohn eines Essener Metzgermeisters ein. Einer von den Gefährten des Metzgermeisters wollte dem Sohne seines Meisters Hilfe kommen und brach gleichfalls ein. Beide gerieten unter das Eis und ertranken. Auf dem Anger Duisburg brach ebenfalls ein Mann beim Schlittschuhlaufen ein und ertrank.

— **Essen**, 20. Januar. Das Essener Schwurgericht verurteilte den Kriminalschußmann Gerlitzki, der eine amtliche Anweisung gefälscht hatte, um 20 Mark mehr für Auslagen zu erhalten, als ihm zustand, einem Jahr Zuchthaus.

— **Alteneisen**, 20. Januar. Auftrieb: 281 St. Hornvieh, 304 Kälber und 991 Schweine. Es wurde gezahlt im Engros-Handel für Ferkel von 6—8 Wochen 12—18, von 8—12 Wochen 18—26, von 12—15 Wochen 26—35, für Ferkel von 15 Wochen 35—45, für magere Sauen 110—155 Mark.



Fest-Programm

Krieger- und Militär-Verein Bierstadt.

Zur Feier des Allerhöchsten Geburtstages Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II

am Sonntag, den 25. Januar 1914.

Morgens 10 Uhr gemeinsamer Kirchgang.

Abends im Saale „Zum Bären“ Bes.: C. Friedrich. Vortrags-Folge: 1. Teil. 1. Musikstück, 2. Festrede, 3. Theaterstück: „Früh auf mein Volk“, 4. Solovortrag (der Fremdenlegation), 5. Theaterstück: „Einquartierung“, 6. Musikstück, 2. Teil. 7. Der letzte Freiheitkrieger, 8. Theaterstück: „Die weiblichen Rekruten“, 9. Solovortrag „Einst und Jetzt“, 10. Theaterstück: „Vom Pflig zum Schwert“, 11. Musikstück, 12. Verlosung und Ball.

Veränderungen des Programms vorbehalten.

Eintritt 1 Mk. Eine Dame frei. Jede weitere Dame 50 Pfg.

Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang präzis 7 Uhr.

Der Vorstand.

Die werten Einwohner Bierstadt's bitten wir durch recht rege Beteiligung dem Feste die richtige Weihe zu geben. Auch bitten wir nochmals Gaben zur Verlosung an den 1. Vorsitzenden Herrn Hymach, Schwarzgasse zu verabfolgen. D. D.

Pferdeversicherungs-Gesellschaft

Bierstadt.

Mittwoch, den 21. Januar ds. Js. abends um 8 1/2 Uhr findet in unserm Vereinslokal Gasthaus zum Engel (Bes. Rau-mann) unsere diesjährige

Jahreshauptversammlung

statt, wozu wir unsere sämtlichen Mitglieder mit der Bitte, um recht zahlreiches Erscheinen ganz ergebenst einladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden,
2. Rechnungsablage des Kassierers und Entlastung desselben,
3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes resp. Wiederwahl desselben,
4. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-Kommission,
5. Vergebung des Vereinsdieners Dienstes,
6. Veränderungen in unsern Statuten,
7. Verschiedenes.

Bierstadt, den 18. Januar 1914.

Der Vorstand.

Achtung!

Empfehle meine fahrbare Brennholz-Schneidmaschine ab 1. Februar 1914.

Gute Bedienung zugesichert. Bestellungen nehme schon jetzt entgegen.

Karl Nehring, Moritz-Str. 5.



Sportklub „Athletia“ Bierstadt. Begr. 1904.

Mittwoch, den 21. Januar um 1/9 Uhr im Vereinslokal Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden vom verfloßenen Jahr.
2. Bericht des Kassierers.
3. „Instruktors“.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Wahl des 2. Kassierers.
6. 10-jähriges Stiftungsfest.
7. Vereinsangelegenheiten.

Zu dieser wichtigen Versammlung ladet höflich ein Der Vorstand.



Geflügel-, Vogel- und Kanarienzucht-Verein Bierstadt. Begründet 1905.

Unseren Mitgliedern zur gef. Nachricht, daß der Posten des Vereinsdieners

neu zu besetzen ist, und wollen Abstellanten ihre Off. schriftlich bis spätestens Samstag, den 24. Januar 1914 abends 7 Uhr an unsern 1. Vorsitzenden Herrn Fr. Aug. Ludw. Kaiser, Kirchgasse 4 einreichen. Der Vorstand.



Gesangverein „Frohinn“ Bierstadt.

Begr. 1859.

Samstag, den 24. Jan. ds. Js. abends präzis 8 1/2 Uhr findet in unserm Vereinslokal Gasthaus „Zum Taunus“ Bes. Frau Wwe. Gohmann unsere diesjährige Jahreshauptversammlung statt, wozu wir unsere verehrten Ehren-, Inaktiven- und aktiven Mitglieder mit der Bitte um recht zahlreiches Erscheinen ganz ergebenst einladen.

Tagesordnung:

1. Verlesen des Protokolls aus letzter Generalversammlung.
2. Jahresbericht des 1. Vorsitzenden.
3. Rechnungsablage d. Kassierers und Entlastung desselben.
4. Wahl der Rechnungsprüfungs-Kommission.
5. Neuwahl des 2. Vorsitzenden resp. Wiederwahl desselben.
6. Neuwahl von 2 Inaktiven Vorstandsmitgliedern resp. Wiederwahl derselben.
7. Vergebung über die im Jahre 1914 zu veranstalteten Festlichkeiten.
8. Verschiedenes.

Wichtige Anträge sind laut § 16 der Statuten 8 Tage, also spätestens bis zum Samstag, d. 17. Jan. schriftlich an den Vorstand einzureichen.

Der Vorstand.

Sonnenberg, Adolfsstraße 5, 3 Zimmerwohnung mit Küche und Zubehör zu vermieten. Näheres daselbst im Parterre.



Männer-Gesangsverein Bierstadt, gegr. 1883.

Mittwoch, den 21. d. M., 1/9 Uhr

Probe

in der Schule und bitten wir die Herren Sänger um pünktliches und vollständiges Erscheinen. Der Vorstand.

Am Samstag, d. 24. Jan. d. J. abends 8 1/2 Uhr findet in unserm Vereinslokal „Zum Anker“ (Mügl. Heuß) unsere diesjährige

Jahreshauptversammlung

statt, wozu unsere sämtlichen Mitglieder, mit der Bitte um pünktliches und vollständiges Erscheinen, hierdurch ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht d. Vorsitzenden.
2. Rechnungsablage d. Kassierers.
3. Wahl der Rechnungsprüfungs-Kommission.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Auszeichnung der Mitglieder, welche 25 Jahre dem Verein angehören.
6. Beschlusfassung über Veranstaltung in 1914.
7. Verschiedenes.

Wichtige Anträge sind nach § 13 der Statuten dem Vorstande 8 Tage vorher schriftlich einzureichen.

Bierstadt den 13. Jan. 1914. Der Vorstand

Wir ist unwohl,

ich kann nicht essen,

fühle Kopfschmerzen,

An diesen Leiden trägt meist eine Magenverstimmung oder mangelhaft funktionierende Verdauungsorgane Schuld. Diese Klagen kehren aber immer wieder, wenn nicht mit dem regelmäßigen Gebrauch von

Kaiser's

646 Magen-

Pfeffermünz-Caramellen

eingesetzt wird

Im Duergebrauch als hochgeschätztes Hausmittel bei schlechtem Appetit, Magenweh, Kopfweh, Sodbrennen, Geruch aus dem Munde. Drogerie J. Langguth, Otto Ermeier, A. Reisenberger in Bierstadt.

Eine gebrauchte Dickwurz-Mühle zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Bierstadter Zeitung. (52)

Spezialkur

gegen Syphilis, Geschwüre, Flechten, Harnröhrenleiden,

Ehrlich-Hata 606.

Lichttherapie etc. Blutuntersuch.

Dr. med. Wagner

Arzt,

MAINZ, Schusterstrasse 54, 1. Sprechstunde tägl. 9—1 u. 6—1/2 ausser Montags.

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.

Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, 21. Jan. Ab. D. Madame

Butterfly.

Donnerstag, den 22. Januar, Ab. A.

Madame.

Residenz-Theater.

Anfang 7 Uhr.

Mittwoch, 21. Jan. Schneider

Wibbel.

Donnerstag, 22. Januar II. (letzte)

Gastspiel Louise Willig: Es lebe das Leben.

Kurhaus.

Mittwoch, 21. Jan. 4 Uhr Abon-

nements-Konzert des Kur-

orchesters. Abends 8 Uhr im großen

Saale: Die Tragödie der

Schröder Stranz Expedition.

Donnerstag, den 22. Jan.: 4 u. 8 Uhr:

Abonements-Konzert des Kur-

orchesters.

Gesellschaft Rättern

Sonntag, den 1. Febr.

1914 findet unsere

Gala-

Damen-Sitzung

im Saal „Zum Adler“ (Mit-

glied Brühl) statt.

Das Komitee.

Schweineversicherung zu Bierstadt.

Unseren Mitgliedern zur gef. Kenntnis, daß laut Beschluß der Generalversammlung vom 19. d. Mts. von jetzt an An- und Abmeldebekunde eingeführt sind und dieselben bei Mitglied Herrn Maus, Kirchgasse in Empfang genommen werden können. Es liegt im eigenen Interesse der Versicherten die An- und Abmeldung rechtzeitig zu bewirken (§ 5 der Statuten.)

Bierstadt, den 21. Jan. 1914.

Der Vorstand.

Schulranzen



Grösste Auswahl Billigste Preise offeriert als Spezialität



A. Letschert,

Wiesbaden, Faulbrunnstrasse 10

Reparaturen. 480

Inserieren bringt Gewinn!